



## **Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY**

### **CTAO: Verpackung, Transport und Entladung von Komponenten der Medium-Sized-Telescopes (MST) zur CTAO-South Site (Chile)**

### **Bewerbungsunterlagen**

Bewerber:

## **Inhalt dieser Bewerbungsunterlagen:**

1. Teilnahmeantrag (Anschreiben und Checkliste)
2. Erklärung der Bewerbergemeinschaft (falls zutreffend)
3. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (§§ 123, 124 GWB) [PL1]
4. Eigenerklärung zum Unternehmen [PL2]
5. Eigenerklärung zum 5. EU-Sanktionspaket – RUS-Sanktionen und dem dort enthaltenen Verbot von Auftragserteilungen an russische Staatsangehörige, Unternehmen und Lieferanten [PL3]
6. Eigenerklärung oder Nachweis Eigenerklärung über das Bestehen einer Transporthaftpflichtversicherung (Güterschadenhaftpflicht) [PL4]
7. Eigenerklärung über den durchschnittlichen jährlichen Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren [WL]
8. Referenzprojekte (Eigenerklärungen) [TL1]
9. Datenschutzerklärung

## 1) **Teilnahmeantrag**

Name des Bewerbers (Einzelunternehmen/ Bewerbergemeinschaft)

Postanschrift (bei Bewerbergemeinschaften nur Anschrift des Bevollmächtigten)

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY  
- Teilnahmeantrag CTAO Logistik -  
Platanenallee 6  
15738 Zeuthen

Ort/ Datum

### **TEILNAHMEANTRAG**

**für das Vergabeverfahren „CTAO: Verpackung, Transport und Entladung von Komponenten der Medium-Sized-Telescopes (MST) zur CTAO-South Site (Chile)“**

Bestandteile unseres/ meines Teilnahmeantrags sind folgende Erklärungen und Angaben:

### **Auskünfte zum Bewerber**

- ☐ Teilnahmeantrag (dieses Formblatt)
- ☐ Erklärung der Bewerbergemeinschaft (sofern einschlägig)
- ☐ Datenschutzerklärung

### **Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung**

- ☐ Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (§§ 123, 124 GWB) [PL1]
- ☐ Eigenerklärung zum Unternehmen [PL2]
- ☐ Eigenerklärung zum 5. EU-Sanktionspaket – RUS-Sanktionen und dem dort enthaltenen Verbot von Auftragserteilungen an russische Staatsangehörige, Unternehmen und Lieferanten [PL3]
- ☐ Eigenerklärung oder Nachweis Eigenerklärung über das Bestehen einer Transporthaftpflichtversicherung (Güterschadenhaftpflicht) [PL4]

### **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

- ☐ Eigenerklärung über den durchschnittlichen jährlichen Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren [WL]

### **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

- ☐ Referenzprojekte (Eigenerklärungen) [TL1]
- ☐ Vorlage einer gültigen Zertifizierung eines Qualitätsmanagementsystem (z.B. nach DIN EN ISO 9001) oder eines gleichwertigen Systems (ohne Formblatt in diesen Bewerbungsunterlagen)

Zur Beantwortung von Fragen und Entgegennahme von Informationen zur Ausschreibung wird der Vergabestelle folgende Ansprechperson benannt:

<b>Name:</b>	
<b>E-Mail:</b>	
<b>Telefon:</b>	

Diese Bewerbungsunterlagen und die zur Verfügung gestellten Formblätter sind zwingend zu verwenden. **Teilnahmeanträge sind ausschließlich elektronisch über den Link in der EU-Auftragsbekanntmachung zu übermitteln!**

Ich bin mir/ wir sind uns bewusst, dass wissentlich falsche Angaben oder Erklärungen meinen/ unseren Ausschluss vom Vergabeverfahren zur Folge haben können.

---

Ort, Datum

---

Erklärende Person

(bei Bewerbergemeinschaften nur durch den Bevollmächtigten)

## 2) Erklärung der Bewerbergemeinschaft (falls zutreffend)

Bewerbergemeinschaft:	
-----------------------	--

Wir, die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Bewerbergemeinschaft

Mitglied Übernommener Teilbereich	
Mitglied Übernommener Teilbereich	
Mitglied Übernommener Teilbereich	
Mitglied Übernommener Teilbereich	
Mitglied Übernommener Teilbereich	

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden (ggf. gesondertes Blatt verwenden, sofern mehr als fünf Mitglieder).

Bevollmächtigter Vertreter:	
-----------------------------	--

Wir erklären, dass

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,

- der bevollmächtigte Vertreter mit uneingeschränkter Wirkung berechtigt ist, für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen,
- der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, im Rahmen des Vergabeverfahrens uneingeschränkt im Namen aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zu handeln,
- alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

_____	_____
Ort, Datum	Erklärende Person
_____	_____
Ort, Datum	Erklärende Person
_____	_____
Ort, Datum	Erklärende Person
_____	_____
Ort, Datum	Erklärende Person
_____	_____
Ort, Datum	Erklärende Person

(Ggf. weiteres Blatt verwenden)

### 3) Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (§§ 123, 124 GWB) [PL1]

Bewerber:	
-----------	--

1.) Mir/ Uns ist bekannt, dass ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren zwingend ausgeschlossen werden muss, wenn der Auftraggeber Kenntnis davon hat, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist wegen:

- a) § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b des Strafgesetzbuches (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- b) § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- c) § 261 des Strafgesetzbuches (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- d) § 263 des Strafgesetzbuches (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- e) § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- f) § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- g) § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),
- h) den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuches (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- i) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- j) den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt sind Verstöße gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten. Ein Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn sie für dieses Unternehmen bei der Führung der Geschäfte



selbst verantwortlich gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden gemäß § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) einer Person im Hinblick auf das Verhalten einer anderen für das Unternehmen handelnden, rechtskräftig verurteilten Person vorliegt.

Ich/ Wir erklären hiermit, dass keine zuvor genannten Verfehlungen vorliegen, die einen Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten.

Sollte eine solche Erklärung nicht möglich sein, sind die erhobenen Vorwürfe, die ermittelnde Stelle sowie der Stand bzw. der Ausgang des Verfahrens kurz darzustellen.

2.) Ich/ Wir erkläre(n), dass ich/ wir meinen/ unseren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung und – soweit erforderlich – Berufsverbänden und/ oder Berufsgenossenschaften nachgekommen bin/ sind.

3.) Mir/ Uns ist bekannt, dass ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden können, wenn

a) das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,

b) das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,

c) das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Abs. 3 GWB ist entsprechend anzuwenden,

d) der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

e) ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,

f) eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,

g) das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

h) das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder

i) das Unternehmen versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Ich/ Wir erklären hiermit, dass keine zuvor genannten Gründe vorliegen, die einen Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten.

4.) Mir/ Uns ist bekannt, dass die Nichtvorlage oder die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zu meinem/ unserem Ausschluss von diesem und künftigen Vergabeverfahren sowie zur Kündigung eines etwa erteilten Auftrags führen kann.

5.) Ich/ Wir verpflichte(n) mich/ uns auch, die vorstehende Erklärung von Nachunternehmern zu fordern und diese vor Zustimmung des Auftraggebers zur Weiterbeauftragung vorzulegen.

---

Ort, Datum

---

Erklärende Person

Hinweis: Sofern Sie sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, können Sie auch Nachweise dafür erbringen, dass Sie ausreichende Maßnahmen zur Selbstreinigung getroffen haben (§ 125 GWB). Zu diesem Zweck weisen Sie nach, dass Sie einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet haben, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen haben, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung beizufügen.

Als ausreichenden Beleg dafür, dass die in § 123 Abs. 1 bis 3 GWB genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber oder Bieter nicht zutreffen, erkennt der öffentliche Auftraggeber alternativ zu den entsprechenden Teilen dieser Eigenerklärung einen Auszug aus einem einschlägigen Register, insbesondere ein Führungszeugnis aus dem Bundeszentralregister oder, in Ermangelung eines solchen, eine gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bewerbers oder Bieters an. Als ausreichenden Beleg dafür, dass die in § 123 Abs. 4 und in § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber oder Bieter nicht zutreffen, erkennt der öffentliche Auftraggeber alternativ zu den entsprechenden Teilen dieser Eigenerklärung eine von der zuständigen Behörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bewerbers oder Bieters ausgestellte Bescheinigung an.

#### 4) Eigenerklärung zum Unternehmen [PL2]

Die Eigenerklärung muss folgende Angaben/ Bestandteile enthalten. Bitte orientieren Sie sich an der folgenden Gliederung:

Firma	
Rechtsform	
Sitz des Unternehmens	
Gegenstand des Unternehmens	
Geschäftsleitung des Unternehmens	
Unternehmensstruktur (z.B. Muttersgesellschaften, Konzernzugehörigkeit, Niederlassungen – Organigramm)	
Darstellung der Gesellschafts- und Kapitalverhältnisse des Unternehmens	
Ggf. Angaben zur zuständigen Niederlassung	

Größe des Unternehmens	<input type="checkbox"/> Kleinstunternehmen (bis 9 Beschäftigte und bis 2 Mio. Euro Umsatz)  <input type="checkbox"/> Kleines Unternehmen (bis 49 Beschäftigte und bis 10 Mio. Euro Umsatz und kein Kleinstunternehmen)  <input type="checkbox"/> Mittleres Unternehmen (bis 249 Beschäftigte und bis 50 Mio. Euro Umsatz und kein kleines Unternehmen)  <input type="checkbox"/> Großunternehmen (über 249 Beschäftigte oder über 50 Mio. Euro Umsatz)
Nationalität des wirtschaftlichen Eigentümers/ der wirtschaftlichen Eigentümer (sofern das Unternehmen nicht börsennotiert ist)	

**5) Eigenerklärung zum 5. EU-Sanktionspaket [PL3]**

Bewerber:	
-----------	--

**Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014**

1.) Ich/wir erkläre(n) verbindlich (auch im Namen der gemäß der Teilnahmeanmeldung/dem Angebot vertretenen Personen, falls zutreffend), dass keiner der in Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der aktuell geltenden Fassung genannten Sachverhalte und Umstände auf den/die Bieter/Bewerber zutrifft, insbesondere,

- a) dass es sich bei dem Bieter/Bewerber nicht um einen russischen Staatsangehörigen oder um eine in Russland ansässige oder niedergelassene natürliche oder juristische Person, Organisation oder Einrichtung (POE) handelt;
- b) dass es sich bei dem Bieter/Bewerber nicht um eine juristische POE handelt, deren Anteile zu über 50% unmittelbar oder mittelbar von einer unter lit. a genannten natürlichen oder juristischen POE gehalten werden;
- c) dass es sich bei dem Bieter/Bewerber nicht um eine natürliche oder juristische POE handelt, die im Namen oder auf Anweisung einer unter lit. a oder b genannten natürlichen oder juristischen POE handelt;
- d) dass es sich – sofern mehr als 10% des Auftragswerts auf sie entfällt – bei den Unterauftragnehmern, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten der Bieter/Bewerber im Zusammenhang mit der Erbringung von Eignungsnachweisen in Anspruch nimmt, nicht um in lit. a-c genannte POE handelt.

2.) Ich/wir verpflichte(n) mich/uns verbindlich (auch im Namen der gemäß der Teilnahmeanmeldung/dem Angebot vertretenen Personen, falls zutreffend), auch während der Vertragslaufzeit sicherzustellen, dass die unter 1.) abgegebene Erklärung eingehalten wird.

3.) Ich/wir verpflichte(n) mich/uns verbindlich (auch im Namen der gemäß der Teilnahmeanmeldung/dem Angebot vertretenen Personen, falls zutreffend), unverzüglich alle Änderungen der Tatsachen und Umstände mitzuteilen, die Gegenstand dieser

Eigenerklärung sind und während des laufenden Vergabeverfahrens oder der Vertragslaufzeit auftreten.

---

Ort, Datum

---

Erklärende Person

**6) Nachweis über eine Berufshaftpflichtversicherung oder Eigenerklärung über deren Abschluss im Auftragsfall [PL4]**

Bewerber:	
-----------	--

Ich erkläre/ wir erklären, dass ich/ wir

- ☐ über eine Transporthaftpflichtversicherung (Güterschadenhaftpflicht) mit einer Deckungssumme von mindestens 5 Mio. Euro je Schadensfall verfügen. Aufgrund des grenzüberschreitenden Transports liegt zusätzlich eine CMR-Haftpflichtversicherung (Convention on the Contract for the International Carriage of Goods by Road) vor. Das Bestehen wird durch die Vorlage des Versicherungsscheins oder einer aktuellen Versicherungsbestätigung des Versicherers nachgewiesen.
- ☐ im Auftragsfalle eine entsprechende Versicherung abschließen werde(n).

---

Ort, Datum

---

Erklärende Person

**7) Eigenerklärung über den durchschnittlichen jährlichen Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren [WL]**

Bewerber:	
-----------	--

Umsatz [in EUR netto]	Jahr: 2023	Jahr: 2024	Jahr: 2025
Gesamtumsatz			

**Hinweis:** Sofern der Umsatz für das Jahr 2025 noch nicht angegeben werden kann, lässt DESY es mit entsprechender Begründung zu, dass der Gesamtumsatz für die Jahre 2022 bis 2024 angegeben wird.



**8) Referenzprojekte über die Ausführung von vergleichbaren Leistungen in Bezug auf den zu vergebenden Auftrag in den letzten maximal sieben Jahren [TL1]**

Bewerber:	
-----------	--

Laufende Nr. der Referenz	1
Bezeichnung des Auftrags	
Genaue Beschreibung des Projekts und der wesentlichen Maßnahmen, Auftragsumfang	
Erbrachte Leistungen des Bewerbers	
Transportgegenstände	
Auftragsvolumen (in EUR, netto)	
Leistungszeitraum	
Auftraggeber (AG) mit Anschrift	
Ansprechpartner beim AG mit Kontaktdaten (Telefon, E-Mail)	

**Hinweis:** Vergleichbar sind realisierte Projekte über Verpackung, Containerbereitstellung, Transport, Koordination und Entladung im Zusammenhang mit vergleichbaren Projekttransporten zur See [Großtechnologie, technologisch sensible Produkte, wissenschaftliche Großanlagen, Schwerlast- und Großkomponenten oder vergleichbar]) in den letzten maximal 5 Jahren (Eigenerklärungen; Stichtag: Datum der Veröffentlichung der Bekanntmachung).

Die Referenzprojekte müssen innerhalb der letzten 5 Jahre abgeschlossen worden sein, d.h. die Transportleistung muss innerhalb der letzten 5 Jahre durchgeführt worden sein (maßgeblich ist das Datum der Entladung).

**Mindestanforderungen:**

Mindestanforderung 1: Es sind mindestens drei vergleichbare Referenzen vorzulegen.

Mindestanforderung 2: Es ist mindestens eine Referenz für ein vergleichbares Projekt vorzulegen, mit der der Bewerber eine Transportleistung nach Chile (inklusive Entladung) nachweisen kann.

Laufende Nr. der Referenz	2
Bezeichnung des Auftrags	
Genaue Beschreibung des Projekts und der wesentlichen Maßnahmen, Auftragsumfang	
Erbrachte Leistungen des Bewerbers	
Transportgegenstände	
Auftragsvolumen (in EUR, netto)	
Leistungszeitraum	
Auftraggeber (AG) mit Anschrift	
Ansprechpartner beim AG mit Kontaktdaten (Telefon, E-Mail)	

Laufende Nr. der Referenz	3
Bezeichnung des Auftrags	
Genaue Beschreibung des Projekts und der wesentlichen Maßnahmen, Auftragsumfang	
Erbrachte Leistungen des Bewerbers	
Transportgegenstände	
Auftragsvolumen (in EUR, netto)	
Leistungszeitraum	
Auftraggeber (AG) mit Anschrift	
Ansprechpartner beim AG mit Kontaktdaten (Telefon, E-Mail)	

Laufende Nr. der Referenz	4
Bezeichnung des Auftrags	
Genaue Beschreibung des Projekts und der wesentlichen Maßnahmen, Auftragsumfang	
Erbrachte Leistungen des Bewerbers	
Transportgegenstände	
Auftragsvolumen (in EUR, netto)	
Leistungszeitraum	
Auftraggeber (AG) mit Anschrift	
Ansprechpartner beim AG mit Kontaktdaten (Telefon, E-Mail)	

Laufende Nr. der Referenz	5
Bezeichnung des Auftrags	
Genaue Beschreibung des Projekts und der wesentlichen Maßnahmen, Auftragsumfang	
Erbrachte Leistungen des Bewerbers	
Transportgegenstände	
Auftragsvolumen (in EUR, netto)	
Leistungszeitraum	
Auftraggeber (AG) mit Anschrift	
Ansprechpartner beim AG mit Kontaktdaten (Telefon, E-Mail)	

## 9) Datenschutzerklärung

Bewerber:	
-----------	--

Der Bewerber erklärt sich mit Einreichung seines Teilnahmeantrags damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten und vom Bewerber bereitgestellten Unterlagen für das Vergabeverfahren von den Auftraggebern gespeichert und verarbeitet werden. Die Auftraggeber weisen darauf hin, dass die Auftraggeber sich bei der Durchführung des Vergabeverfahrens gegebenenfalls externer Dienstleister (z.B. Betreiber elektronischer Plattformen, externe Fachberater, Rechtsberater) bedienen und ggf. die an die Auftraggeber übermittelten Unterlagen (einschließlich darin enthaltener personenbezogener Daten) an diese Dritten zur Verarbeitung für Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens weitergeben. Der Datenschutzbeauftragte von DESY ist:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY  
Carsten Porthun  
Notkestrasse 85  
22607 Hamburg

Tel.: +49 40 8998 2553  
E-Mail: [datenschutz@desy.de](mailto:datenschutz@desy.de)

Der Bewerber ist verpflichtet sicherzustellen, dass die Übermittlung der personenbezogenen Daten durch den Bewerber an die Auftraggeber rechtmäßig ist. Soweit notwendig, hat der Bewerber die betroffenen Personen über die Übermittlung der Daten an die Auftraggeber und deren Verarbeitung für Zwecke des Vergabeverfahrens zu informieren und die Zustimmung der betroffenen Personen einzuholen. Eine gesonderte Information an die betroffenen Personen durch die Auftraggeber erfolgt nicht.

---

Ort, Datum

---

Erklärende Person